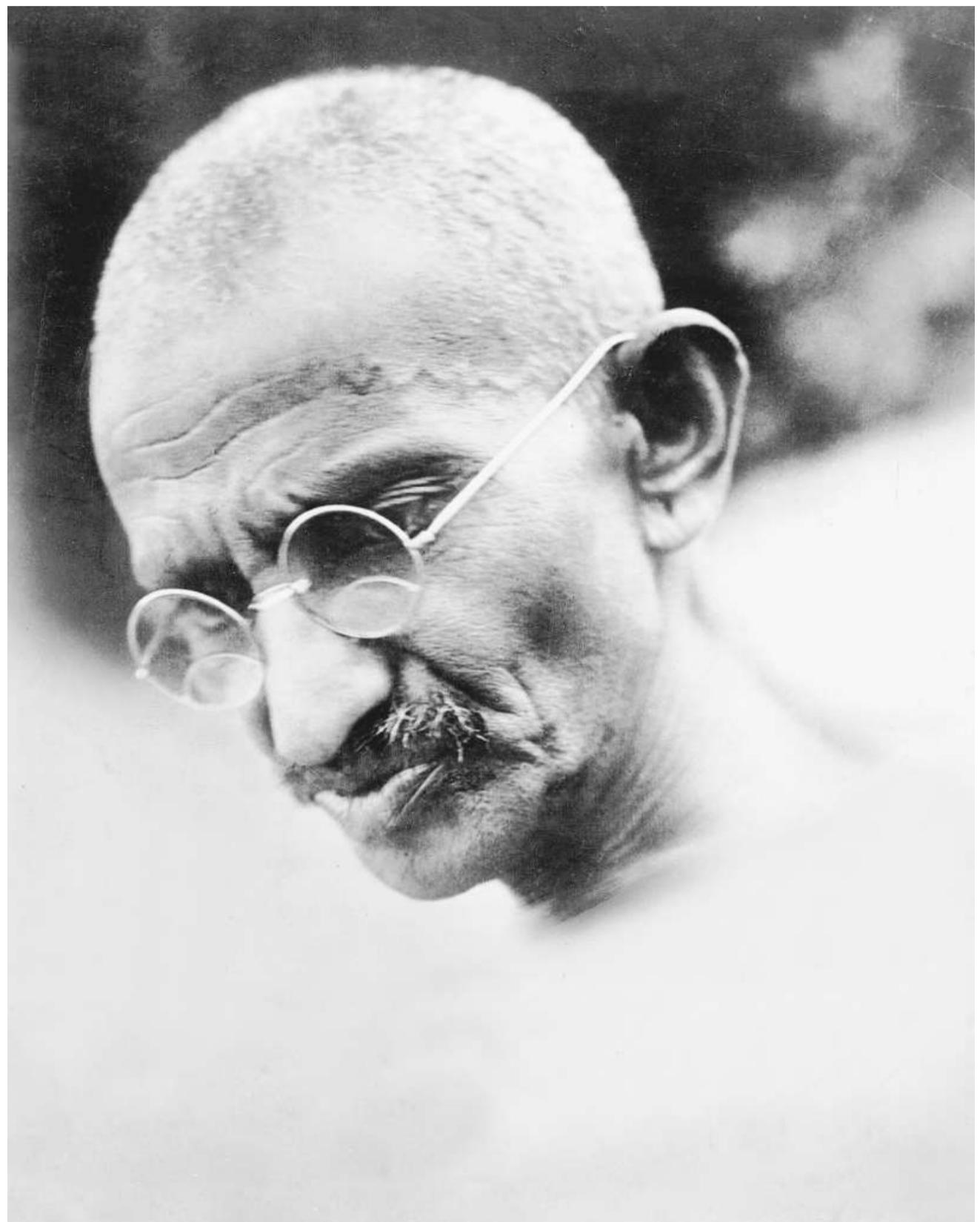


Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Montag, 30. Januar 2023 · Nr. 24 · 244. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.30



SZ PHOTO / KEYSTONE

Gandhis Erbe bewegt Indien bis heute

An diesem Montag ist es 75 Jahre her, dass Mahatma Gandhi (hier auf einem Bild von 1938) von einem radikalen Hindu-Nationalisten ermordet wurde. Die Tat steht für einen Konflikt, der Indiens Politik bis heute prägt: Soll das Land eine konfessionell gemischte Demokratie sein oder allein den Hindus gehören? Unter Regierungschef Narendra Modi hat die Frage neue Aktualität erhalten. *International, Seite 5*

«Lohnanalysen werden überbewertet»

Ökonomin Conny Wunsch analysiert die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern

lkz. · Frauen verdienen in der Schweiz im Durchschnitt pro Monat 700 Franken weniger als Männer. Diese unerklärliche Differenz bedeute aber nicht, dass eine Lohndiskriminierung vorliege, sagt Conny Wunsch, Professorin für Arbeitsmarktökonomie an der Universität Basel. Der Lohnunterschied kann laut Wunsch durch verschiedene Faktoren erklärt werden. Die Lohnanalyse, die der Bund alle zwei Jahre veröffentlicht, erfasst etwa Alter, Ausbildungsniveau oder Dienstalter. «Die tatsächliche Berufserfahrung wird aber nicht erhoben, obwohl sie für den Lohn eine entscheidende Rolle spielt»,

erklärt Wunsch im Gespräch mit der NZZ. Ihre eigenen Untersuchungen, die auf modernen Vergleichsmethoden beruhen, ergeben eine deutlich tiefere unerklärte Lohndifferenz als jene des Bundes.

Wunsch betont die Rolle individueller Entscheide. So habe die Schweiz eine hohe Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt, aber sobald Kinder da seien, brächen die Pensen ein. «Mein Eindruck ist, dass viele Frauen sich bewusst und aus eigenem Antrieb entscheiden, Teilzeit zu arbeiten. Und das hat natürlich Folgen für die Karriere und den Lohn.» Auch wählten Frauen mit Kindern oftmals an-

dere Berufe, nämlich solche, die ihnen mehr Flexibilität gäben. «Dadurch wird dann die Lohnspanne grösser.»

Seit 2020 müssen grössere Unternehmen Lohnanalysen durchführen. Gemäss den bisherigen Ergebnissen überschreitet kaum eine Firma die Toleranzschwelle von 5 Prozent. Laut Wunsch dürften die Lohnunterschiede bei KMU grösser sein. Man sollte aus ihrer Sicht aber keine Konsequenzen an solche Analysen knüpfen. «Lohngleichheitsanalysen können nie perfekt sein, deshalb sollte man sie nicht überbewerten.» *Schweiz, Seite 7*

Netanyahu will Waffenrecht lockern

Israels Ministerpräsident reagiert auf Anschläge

Nach Terrorattacken in Jerusalem plant Regierungschef Netanyahu drakonische Massnahmen gegen Palästinenser. Und er will Tausenden von Zivilisten das Tragen von Waffen ermöglichen.

INGA ROGG, JERUSALEM

Gerade einmal vier Wochen im Amt, kämpft der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu mit mehreren Krisen. Ein Gutteil der Israeli lehnt seine geplante Justizreform ab, mit der er das Oberste Gericht entmachten will. Gleichzeitig brodelt es in den besetzten palästinensischen Gebieten.

In Jerusalem ist die Lage derzeit besonders explosiv. Erstmals seit mehr als einem Jahrzehnt hat ein palästinensischer Extremist einen Terroranschlag in der Stadt verübt. Der Palästinenser schoss zu Beginn des Schabbats am Freitagabend im Stadtteil Neve Yaakov wahllos auf jüdische Zivilisten. Der Anschlag forderte sieben Tote und drei Verletzte. Wenige Stunden später schoss ein 13-jähriger Palästinenser auf eine Gruppe von jüdischen Siedlern im Stadtteil Silwan, der nahe der Altstadt liegt. Durch die Schüsse wurden ein Vater und sein Sohn verletzt, die laut Medienberichten beide unbewaffnet waren. Siedler eröffneten daraufhin das Feuer auf den Buben und verletzten ihn.

Höchste Sicherheitsstufe

Regierungschef Netanyahu steht nun unter Druck, zu beweisen, dass er weitere Anschläge abwehren kann. Seine Regierung, der zahlreiche rechts-extreme Minister angehören, ist angetreten, den Israeli Sicherheit zu garantieren. Unabhängig hatte Netanyahu die Vorgängerregierung mit einem verbalen Dauerfeuer eingedeckt, sie sei gegenüber Terrorismus schwach und leiste diesem Vorschub.

Die Polizei hat nach den Angriffen die höchste Sicherheitsstufe im Land ausgerufen und in Jerusalem sowie in anderen Orten die Sicherheitsvorkehrungen verstärkt. Das Sicherheitskabinett beschloss an einer Sitzung nach dem Ende des Schabbats am Samstagabend eine Reihe von Massnahmen, die potenzielle Attentäter abschrecken und den israelischen Bürgern mehr Sicherheit bringen sollen. Die Regierung will das Waffenrecht lockern und Tausenden von Zivilisten das Tragen von Waffen ermöglichen. Der Waffenbesitz wird in Israel von den Behörden genehmigt. Die Genehmigungsverfahren sollen künftig beschleunigt und ausgeweitet werden. Zudem würden Siedlungen «gestärkt», teilte die Regierung mit.

Vor allem aber hat sie eine Reihe von Massnahmen gegenüber den Palästinensern beschlossen. Das Haus der Familie des Attentäters werde unverzüglich versiegelt, um es abzureißen. Familienangehörigen von Terroristen will die Regierung die Sozialversicherungen und andere Leistungen entziehen.

Dazu gehören etwa Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung. Darüber hinaus plant die Regierung ein Gesetz, das es ermöglichen würde, den Palästinensern in Jerusalem den israelischen Personalausweis zu entziehen und sie allenfalls sogar zu deportieren.

Sonderstatus für Palästinenser

Israelische Truppen hatten das Westjordanland sowie Ost- und Nordjerusalem, wo der Stadtteil Neve Yaakov liegt, im Sechstagekrieg 1967 von Jordanien erobert und besetzt. Im Jahr 1980 annexierte Israel die besetzten Gebiete Jerusalems und erklärte die Stadt zur «vollständigen und vereinigten» Hauptstadt. Die Annexion haben bis anhin nur die USA unter dem ehemaligen Präsidenten Donald Trump und einige wenige Länder wie Guatemala anerkannt. Nach Auffassung der Mehrheit der Staaten ist sie völkerrechtswidrig.

Die meisten Palästinenser, die in Jerusalem leben – mittlerweile knapp vierzig Prozent der Stadtbevölkerung –, sind keine israelischen Staatsbürger, womit sie auch nicht an nationalen Wahlen teilnehmen dürfen. Sie geniessen jedoch einen Sonderstatus. Im Gegensatz zu den Palästinensern in den besetzten Gebieten im Westjordanland gelten sie seit der Annexion als Geduldete; sie haben Anspruch auf einen Ausweis, den sie regelmässig erneuern müssen, sowie auf Sozialversicherungen und öffentliche Dienstleistungen.

Gemäss dem humanitären Völkerrecht sind Kollektivstrafen, wie sie jetzt der Regierung vorschweben, grundsätzlich verboten. Die betroffenen Familien können gegen die geplante Zerstörung ihrer Häuser und den Entzug der Sozialversicherungen klagen. Erfolg dürften sie dabei freilich nicht haben.

Racheakte befürchtet

In Sicherheitskreisen herrscht Skepsis, ob Hauszerstörungen eine abschreckende Wirkung hätten. Vor Jahren kam ein Ausschuss zum Schluss, dass dem nicht so sei. Und die konservative Tageszeitung «Maariv» schrieb, am Sonntag, die Armee zerstöre «fast täglich Häuser von Terroristen». «Hat sie damit Anschläge verhindert? Nein.» Die Bekämpfung von Terrorismus sei harte Arbeit, schrieb das Blatt. Die linksliberale Tageszeitung «Haaretz» nannte die geplanten Schritte der Regierung «ein idiotensicheres Rezept», um die Spirale der israelisch-palästinensischen Gewalt weiter anzureißen.

Kreise innerhalb der Armee und des Inlandsgeheimdienstes Shin Bet sind besorgt, dass jüdische Extremisten Racheakte an palästinensischen Zivilisten verüben könnten. Siedler steckten am Wochenende an mehreren Orten palästinensische Autos in Brand und schlugen die Fenster von Läden ein. Netanyahu forderte die Bürger auf, das Recht nicht in die eigene Hand zu nehmen. Derweil erschoss ein Wachmann vor einer Siedlung nahe Nablus einen Palästinenser, der nach Armeeangaben einen Anschlag verüben wollte.